

Vertrieben, ausgenutzt, kriminalisiert: In der „Weltstadt mit Herz“ soll Armut unsichtbar bleiben.

Ein Bericht von Isa Hoffinger



citizenship posture



Mit neuen Regeln und strengen Strafen geht die Stadt München gegen arme Menschen vor. In Einzelfällen droht Bettlern die so genannte Ersatzzwangshaft. Sie kann bis zu vier Wochen dauern

Springt die Ampel auf Rot, laufen sie blitzschnell auf die Straßen, in der linken Hand halten sie eine Flasche Glasreiniger, in der rechten einen Lappen: Arme Menschen bieten seit diesem Sommer auch in München Autofahrern an, ihre Fensterscheiben zu putzen. In vielen anderen Ländern, zum Beispiel in Spanien oder in Argentinien, ist das schon lange üblich. Keiner stört sich dort an den flinken Scheibenputzern, die ein bisschen Kleingeld verdienen – sogar in Berlin gibt es einige von ihnen. Nur in der reichen, bayerischen Hauptstadt fühlen sich die Autofahrer offenbar von den Männern belästigt. Vor allem an der Kreuzung vor dem Justizpalast, an der viele Geschäftsleute mit ihren neuen Dienstwägen vorbeikommen. Von den meisten Fahrern werden die Fensterputzer kommentarlos abgewimmelt.

Die Mehrheit von ihnen sind Roma aus Bulgarien, Rumänien, Ungarn. In ihren Heimatländern werden sie diskriminiert, angefeindet, sie bekommen keine Jobs, leben unter schlechten Bedingungen in kleinen Siedlungen. Oft ohne Strom und fließendes Wasser. Durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfen Bulgaren und Rumänen in allen EU-Ländern arbeiten. Doch viele Unternehmen nutzen ihre mangelnden Sprachkenntnisse und ihre Not aus: Meist schufteten sie illegal als Küchenhilfe oder auf dem Bau mit Löhnen von acht bis zehn Euro – nicht pro Stunde, sondern am Tag.

Bislang galt, dass Rumänen und Bulgaren nur dann feste Jobs bekamen, wenn ihre Arbeitgeber nachweisen konnten, dass sie keinen geeigneten Deutschen für eine bestimmte Stelle finden konnten. Oder sie durften als Gewerbetreibende arbeiten. Auf eigenes Risiko. Dubiose Subunternehmer heuerten sie an, ließen sie Rechnungen ausstellen – und prellten

sie dann um ihren Lohn. Auf den Steuern blieben sie sitzen. Seit Januar 2014 gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bulgaren und Rumänen dürfen in Deutschland jetzt zwar regulär arbeiten. Doch den Menschen hilft das nicht viel. Sie finden keine Wohnungen, müssen in Parks oder in ihren Autos übernachten. Das zehrt an ihren Kräften. Und macht sie für potenzielle Arbeitgeber uninteressant. Und selbst die, die Arbeit gefunden haben, verlieren sie oft wieder. Spätestens dann müssen sie, um Überleben zu können, betteln gehen.

Mitarbeiter der Münchner Bahnhofsmision berichten, dass im vergangenen Jahr mehr Menschen denn je in den Notunterkünften übernachten mussten. Die meisten so genannten Armutsmigranten kamen aus Ungarn, Bulgarien, Rumänien. Auch Spanier und Griechen waren dabei. Diejenigen, die ganz unten sind, die zu den Verlieren der neoliberalen Marktwirtschaft gehören oder die Opfer von Vertreibungen sind, stehen tagsüber im Bahnhofsviertel und betteln um ein paar Münzen.

Die Polizei und das Münchner Kreisverwaltungsreferat glauben, dass sich die Zahl der Bettler in den vergangenen Jahren verfünffacht habe. Ob das wirklich stimmt, weiß keiner. Kritiker bemängeln, die Behörden hätten zu lange die Augen vor den drängenden sozialen Fragen verschlossen, die mit der EU-Erweiterung auf die Kommunen zukamen. Man könne nicht einerseits eine Freizügigkeit beschließen und andererseits die neuen EU-Bürger abschrecken wollen, nach Deutschland zu kommen. Tatsache ist, dass die EU nichts unternimmt, um die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Heimatländern dieser Menschen zu verbessern. Und dass die Menschen aus Ost- und Südosteuropa darum weiter kommen und auch in München Arbeit suchen werden.



„Wer betrügt, der fliegt!“

Die CSU warnt vor einer „Flut“ von Armutsmigranten und fordert, die Freizügigkeit wieder einzuschränken. Sie befürchtet, die neuen EU-Bürger kämen nur, um das Kindergeld zu beziehen, das ihnen zusteht. Auf Hartz IV haben sie keinen Anspruch. So werden Ängste in der deutschen Bevölkerung geschürt. Auch die Stadt München möchte die Armen offenbar nicht haben: Rumänen und Bulgaren, die hier landeten, bekamen vom Sozialreferat lange Zeit einfach nur ein Rückreiseticket in ihre Herkunftsländer spendiert. Das ist mehr als zynisch, denn gerade einige der Roma müssen sogar um ihr Leben fürchten, sie sind in ihren Heimatländern rassistischer Hetze ausgesetzt und werden hier zum zweiten Mal diskriminiert. In einem Land, das verantwortlich am Genozid dieser Bevölkerungsgruppe im Zweiten Weltkrieg war. Immerhin gibt es seit 2013 eine Beratungsstelle für wohnungslose Migranten in der Schillerstraße 25, die vom Sozialreferat gefördert wird.

Juristisch betrachtet unterliegt Betteln dem „Gemeingebrauch“. Das bedeutet, dass diese Form der Nutzung eines öffentlichen Gehweges noch dem normalen Gebrauch zuzurechnen ist. Jeder darf sich an den Straßenrand oder aufs Trottoir setzen und einen Hut oder einen Pappkarton vor sich aufstellen. Wer sich dabei ruhig verhält, der soll weiter geduldet werden. Am 12. August 2014 trat allerdings eine neue Allgemeinverfügung in Kraft, die es dem Kreisverwaltungsreferat (KVR) erlaubt, eine Haftstrafe für Bettler zu beantragen. Die so genannte Ersatzzwangshaft kann bis zu vier Wochen dauern, sie sei allerdings „die Ultima Ratio“, sagte KVR-Chef Wilfried Blume-Beyerle. Anlass für eine Haftstrafe können aggressives Verhalten sein, wie eben das Fensterputzen gegen den Willen der Autofahrer, außerdem vorgetäuschte Behinderungen und das Betteln in Begleitung von Kindern.

Die Wiesn ist Sperrgebiet

In der Fußgängerzone, auf dem Oktoberfest und auf dem Viktualienmarkt, also dort, wo sich die meisten Touristen aufhalten, war das Betteln schon immer verboten. Wer hier aufgegriffen wird, kann inhaftiert werden. Das Stadtbild soll sauber bleiben. Niemand möchte dem Elend ins Auge sehen. Und das, obwohl laut dem aktuellen Armutsbericht immer mehr Familien von Armut betroffen sind und auch die Zahl der deutschen Wohnungslosen im Jahr 2014 in München gestiegen ist.

Angeblich will man mit der Verordnung arme Menschen aus Osteuropa vor mutmaßlichen „Clanchefs“ schützen, die sie zum Betteln zwingen würden. Dabei räumt auch die Polizei ein, dass es ganz selten „Drahtzieher“ gebe. Während Behörden und auch viele Medien hinter den armen Menschen „kriminelle Vereinigungen“ sehen, die gezielt Bettler auf die Straße schicken und hinterher angeblich einen Großteil des Geldes einbehalten würden, sagen Sozialarbeiter, dass es oft ganz normale Familien seien, die mit Verwandten und Bekannten aus Rumänien oder Bulgarien hierher kämen. Auf der Suche nach einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Verdrängung in die Kriminalität

Kritiker der neuen Regelung sagen, dass die Androhung einer Haft bettelnde Menschen „als kriminelle Banden diffamiere“ und die sozialen Hintergründe des Bettelns ausgeblendet würden. Man müsse Armut stigmatisieren, nicht die armen Menschen. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass die neue Verordnung eben jene Verhältnisse schafft, die sie vorgibt, abschaffen zu wollen. Wird das Betteln unterbunden, sind arme Menschen auf andere Einnahmequellen wie Diebstahl oder Prostitution angewiesen. Am Hauptbahnhof gibt es bereits einige junge Roma, die sexuelle Dienste anbieten.

Straßenmusikanten sind in U-Bahnen unerwünscht

Während das Musizieren in Zügen in Paris oder Berlin erlaubt ist, bleibt es in München auch weiterhin verboten. Die Bahn hetzt geradezu gegen die Bettler. Sie befürchtet offenbar Einbußen durch weniger Fahrgäste. Dabei hat es nicht einmal eine Umfrage unter den Nutzern der U- und S-Bahnen gegeben. Niemand weiß, ob sie sich tatsächlich gegen ein paar harmlose Lieder und ein bisschen Gitarrenmusik in den Zügen aussprechen würden. Die Münchner Verkehrsbetriebe und die S-Bahn warnen ihre Kunden prophylaktisch vor den so genannten Bettelmusikanten. Und machen so Stimmung gegen Arme. Seit einiger Zeit laufen kurze Spots im Fahrgast-Fernsehen sowie auf den Infoscreens in den U- und S-Bahnhöfen. Der Tenor: Man solle nichts geben. Sonst würde das Betteln nur zunehmen.

Dass Bettelverbote und Kampagnen gegen Straßenmusikanten keine Lösung im Kampf gegen die Armut sein können, wird von der Politik ignoriert. Bettler bleiben unerwünscht. In der „Weltstadt mit Herz“ soll Armut offenbar unsichtbar bleiben.